



Berlin aktuell



Thema der Woche • Thema der Woche • Thema der Woche • Thema der Woche

Die politische Lage in Deutschland

Dem Terror die Stirn bieten

Bundeshaushalt 2016 – starke parlamentarische Leistung

Zehn Monate nach den Anschlägen auf *Charlie Hebdo* und einen jüdischen Supermarkt hat der Terror erneut Paris ergriffen. Gezielt wurde auf Menschen geschossen, die unbekümmert im Konzert, in Cafés oder Restaurants die Woche ausklingen lassen wollten. Sie verloren ihr Leben und das Leben zahlreicher Verletzter wird nie mehr so sein wie zuvor. Unsere Gedanken sind in diesen Tagen bei den Familien der Getöteten und den Verletzten.

Der dschihadistische Terror ist in zahlreichen Ländern präsent. Er richtet sich gezielt gegen Europa, gegen unsere Werte, gegen unsere Art zu Leben. Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern und Verbündeten werden wir aber dem Terror die Stirn bieten. Wir werden unsere französischen Freunde unterstützen und auch in dieser schweren Stunde zu ihnen stehen. Paris zeigt: Die Koordination und der Austausch der europäischen Sicherheitsbehörden ist überlebensnotwendig. Die Terroristen machen nicht an Landesgrenzen halt. Europa muss in Sicherheitsfragen enger zusammenrücken. Zusammen mit Frankreich zeigen wir in der EU den einzig richtigen Weg auf: strengere Kontrollen an den Schengen-Außengrenzen, zügige Einigung über die Speicherung von EU-Fluggastdaten, schärferes Vorgehen gegen Waffenschmuggel und einen besseren Austausch über Terrorverdächtige.

Die Sicherheit der Bürger steht dabei immer an erster Stelle. Die Koalition hat in den vergangenen Monaten daher bereits wichtige Maßnahmen zur Terrorabwehr beschlossen, um etwa die Ausreise potentieller IS-Kämpfer zu verhindern oder um die Terrorismusfinanzierung besser bestrafen zu können. Nicht zuletzt zielen die Mindestspeicherfristen für

Verbindungsdaten auf die Aufdeckung terroristischer Netzwerke. Erst vor wenigen Wochen haben wir die Terrorbekämpfungsgesetze verlängert. Es gibt das gemeinsame Terrorabwehrzentrum, die Anti-Terror-Datei, die Polizei und Verfassungsschutz zusammen führt. Das alles ist häufig umstritten gewesen. Jetzt sind die Kritiker in Opposition und Teilen der Öffentlichkeit ein Besseres befohlen. Wir dürfen und werden nicht nachlassen, unsere innerstaatlichen Instrumente zur Bekämpfung terroristischer Kräfte zu überprüfen und anzupassen. Wir unterstützen unsere Sicherheitsbehörden nachdrücklich, wir brauchen sie mehr denn je. Deshalb haben wir in dieser Woche beschlossen, unsere aktuell besonders geforderten Sicherheitsbehörden, Bundespolizei, Bundeskriminalamt und die Dienste, finanziell deutlich besser auszustatten. Auch die Länder stehen in der Verantwortung, für eine der Sicherheitslage entsprechende Ausstattung ihrer Polizei und Verfassungsschutzämter zu sorgen.

Schließlich müssen wir unser Augenmerk besonders auf diejenigen richten, die mitten unter uns beharrlich unsere Gesellschaftsordnung ablehnen, Intoleranz stärken und dafür werben, dass religiöse Regeln über den staatlichen stehen. Hier bildet sich ein Gedankengut, das Nährboden für die Rekrutierung radikaler gewaltbereiter Islamisten ist. Hier gilt es, alle Mittel des Rechtsstaates einzusetzen und mit langem Atem in Gesellschaft, Schulen, Moscheen und auch Gefängnissen Radikalisierungen vorzubeugen.

Im Mittelpunkt der Parlamentswoche stand außerdem der Bundeshaushalt für das kommende Jahr. Der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2016 stammt noch vom Juli und bildete die seitdem stark angestiegenen

Flüchtlingszahlen noch nicht ab. Umso höher ist es einzuschätzen, dass wir in den parlamentarischen Beratungen unsere Ziele unverändert umsetzen konnten und einen grundsoliden Etat beschlossen haben. Wir werden sämtliche Versprechen einhalten: Die schwarze Null steht im dritten Jahr in Folge, es gibt keine Steuererhöhungen und wir setzen sogar Steuererleichterungen um. Dass wir auf die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung angemessen und ohne Neuverschuldung reagieren können, verdanken wir den umsichtigen Planungen unseres Bundesfinanzministers und dem haushaltspolitischen Spielraum, den wir uns in den vergangenen zehn Jahren der Kanzlerschaft Angela Merkels durch disziplinierte Konsolidierung und zukunftsorientierte Umschichtung erarbeitet haben.

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise haben wir in den parlamentarischen Beratungen die Etats der betroffenen Ministerien – und hier insbesondere der Etat des Innenministeriums, u.a. mit Mitteln für das Technische Hilfswerk – gegenüber dem Regierungsentwurf kräftig aufgestockt. Wir helfen den Kommunen, wir investieren in die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive und wir wollen die Asylverfahren beschleunigen. Für 2016 haben wir eine beispielhafte Rücklage gebildet, die sich aus einem Überschuss von 6,1 Mrd. Euro in diesem Jahr speist. Dieses Polster erleichtert es uns, weiterhin auch die Wachstumskräfte zu stärken. Wie im Regierungsentwurf geplant, fließen die ersten Mittel des 10-Mrd.-Euro-Investitionspakets. Ebenso werden steuerlicher Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Kindergeld sowie Kinderzuschlag angehoben, und auch die sogenannte kalte Progression wird abgebaut.

Die Zukunftsorientierung des Bundeshaushalts 2016 zeigt sich einmal mehr an den Bildungsinvestitionen. Der Etat unserer Bildungs- und Forschungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka wächst gegenüber 2015 um rd. 1,13 Mrd. Euro an und beläuft sich auf insgesamt 16,4 Mrd. Euro. Auch im Haushalt des Bundesverkehrsministeriums schaffen wir mit deutlich mehr Mitteln weitere Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Alles in allem ist es ein außerordentlich wichtiges Signal, dass wir erneut ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden verabschiedet konnten. Im neuen Haushaltsjahr werden wir alles daran setzen, dass aus den Soll-Werten auch Ist-Werte werden. Das wird eine große Herausforderung. Wir werden alles daran setzen, dass die solide Finanz- und Haushaltspolitik ein Grundpfeiler unserer Politik bleibt.

Die Woche im Parlament

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016). Insgesamt plant der Bund Ausgaben von 316,9 Mrd. Euro, die ohne neue Kredite finanziert werden sollen. Die Investitionen werden um gut 1 Mrd. Euro auf rund 31,5 Mrd. Euro erhöht, die Investitionsquote liegt damit bei rund 10 Prozent. Folgendermaßen lassen sich die parlamentarischen Beratungen zu den einzelnen Ressorts zusammenfassen:

Finanzen. Der Etat beläuft sich auf 5,885 Mrd. Euro. Das sind 135 Mio. Euro mehr als im Regierungsentwurf. Es wird ein neuer Titel „Erstattungen an die Länder und sonstige Stellen für die Beseitigung ehemals alliierter Kampfmittel auf nicht bundeseigenen Liegenschaften“ ausgebracht.

Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Die Ausgaben belaufen sich auf 4,544 Mrd. Euro und erhöhen sich damit um 474,169 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsansatz. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden wegen der hohen Flüchtlingszahlen nahezu verdoppelt und steigen um 500 Mio. Euro auf 1,018 Mrd. Euro.

Inneres. Der Haushalt erhält einen Aufwuchs von 1 Mrd. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf. Insgesamt umfasst er 7,8 Mrd. Euro gegenüber knapp 6,3 Mrd. Euro in 2015. Im Mittelpunkt steht eine verbesserte Personal- und Sachausstattung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), bei den Sicherheitsbehörden und dem Technischen Hilfswerk. Die Mittel für Integrationsmaßnahmen werden gegenüber 2015 um 326 Mio.

Euro erhöht. Im Übrigen erfolgt eine Neuauf-
lage des Fonds zur Unterstützung der DDR-
Dopingopfer.

Bildung und Forschung. Die zusätzlich
zum Regierungsentwurf gebilligten 14 Mio.
Euro ermöglichen unserer Bundesministerin
Prof. Dr. Johanna Wanka Gesamtausgaben
von 16,4 Mrd. Euro. Wir haben für Verbesse-
rungen beim Meister-BAföG sowie die Stär-
kung der „Innovationsförderung in den neuen
Ländern“ und des Bologna-Prozesses ge-
sorgt. Der abermalige Anstieg des Etats spie-
gelt seine zentrale Bedeutung für die Unions-
politik wider.

Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt.
Dieser Einzelplan enthält auch die Mittel für
die Beauftragte der Bundesregierung für Migra-
tion, Flüchtlinge und Integration, für das
Presse- und Informationsamt der Bundesre-
gierung sowie für die Beauftragte der Bun-
desregierung für Kultur und Medien. Er wird
auf 2,413 Mrd. Euro angehoben. Die Ausga-
ben für Kultur werden um rund 120 Mio. Euro
erhöht, beispielsweise für das Denkmal-
schutzprogramm für nationale bedeutsame
Kulturdenkmäler, die Deutsche Welle, Film-
förderung und für kulturelle Investitionen in
der gesamten Republik.

Verteidigung. Der Etat unserer Bundesmi-
nisterin Dr. Ursula von der Leyen beziffert
sich auf 34,287 Mrd. Euro und liegt
78,438 Mio. Euro unter dem Regierungsan-
satz, jedoch 1,313 Mrd. Euro über dem Vor-
jahr.

Wirtschaft und Energie. Nach der parla-
mentarischen Beratungen erhöht sich dieser
Ansatz auf 7,621 Mrd. Euro. Zur Stärkung
des Mittelstandes werden die Mittel für das
Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand
(ZIM) um 5 Mio. Euro, die Industrieforschung
für Unternehmen um rd. 2 Mio. Euro und der
Titel „Mittelstand Digital“ um 11 Mio. Euro er-
höht. In Umsetzung des Kabinettsbeschlusses
zum Wagniskapital wird im Bereich „Innova-
tive Unternehmensgründungen“ das
INVEST-Programm um 10 Mio. Euro ausge-
weitet.

Gesundheit. Der Regierungsansatz für die-
sen Einzelplan lag um 2,5 Mrd. Euro über
dem Vorjahresansatz. In der Bereinigungssit-
zung wurde der Ausgabenansatz um
1,264 Mio. Euro gegenüber dem Regie-
rungsansatz abgesenkt und auf insgesamt
14,572 Mrd. Euro veranschlagt.

Arbeit und Soziales. Der bei weitem größte
Einzelhaushalt erhöht sich auf 129,888 Mrd.
Euro. Auf die parlamentarischen Beratungen
gehen zusätzliche 2,6 Mrd. Euro zurück, wo-
von 1,9 Mrd. Euro auf die angestiegenen
Flüchtlingszahlen entfallen. Maßgeblich sind
ein Anstieg des Arbeitslosengelds II um 1,3
Mrd. Euro, um 325 Mio. Euro erhöhte Verwal-
tungskosten für die Durchführung der Grund-
sicherung für Arbeitssuchende, die zusätzli-
che Beteiligung des Bundes an den Kosten
der Unterkunft von 400 Mio. Euro und um 250
Mio. Euro erhöhte Leistungen zur Einglieder-
ung in Arbeit. Die Bildungsmaßnahmen
wachsen um 179 Mio. Euro für die berufsbe-
zogene Deutsch-Sprachförderung durch das
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
(BAMF).

Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
Der Etat sieht Gesamtausgaben in Höhe
9,103 Mrd. vor. Die Ausgaben beim Eltern-
geld werden um 205 Mio. Euro auf 6 Mrd.
Euro angehoben. Für 10.000 zusätzliche
Stellen beim Bundesfreiwilligendienst mit
Flüchtlingsbezug stellt die Koalition 48 Mio.
Euro zusätzlich bereit. Ebenso gibt es zu-
sätzlich 15 Mio. Euro mehr für Sprachkurse
für ausländische Studenten und Hochschul-
absolventen, 8 Mio. Euro für Jugendmigrati-
onsdienste, 8 Mio. Euro für die Koordinierung
der Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlinge
und 6 Mio. Euro für die allgemeine Flücht-
lingsberatung.

Ernährung und Landwirtschaft. Für diesen
Etat stehen im nächsten Jahr 5,595 Mrd.
Euro zur Verfügung. Ländliche Betriebe wer-
den um 78 Mio. Euro entlastet, indem wir die
Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfall-
versicherung auf insgesamt 178 Mio. Euro
erhöht haben. Im Rahmen der Gemein-
schaftsaufgabe „Verbesserung der Agrar-

struktur und des Küstenschutzes“ (GAK) werden zusätzlich 30 Mio. Euro für den ländlichen Raum zur Verfügung gestellt. Damit setzen wir einen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag um und schaffen die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der GAK zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum.

Verkehr und digitale Infrastruktur. Wir haben die Ausgaben dieses Investitionshaushalts um 167,668 Mio. Euro an, so dass 24,571 Mrd. Euro ausgegeben werden können. Im Verkehrsbereich werden für die Lärmsanierung an den Schienenwegen weitere 20 Mio. Euro bereitgestellt. Erstmals stehen insgesamt gut 41 Mio. Euro für den Bereich automatisiertes und vernetztes Fahren im Haushalt zur Verfügung, davon 10 Mio. Euro in 2016.

Beim Personal des Bundes ergibt sich ein Aufwuchs um rund 4.840 Stellen gegenüber dem Haushalt 2015. Dies ergibt sich durch die Herausforderungen bei der Anzahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Allein dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden 3.000 (zusätzlich 1.000 temporäre Kräfte) und der Bundespolizei fast 1.600 Stellen zur Verfügung gestellt. Außerdem wird ein Stellenpool mit 500 Stellen eingerichtet, mit denen Vorsorge für die Auswirkungen der demografischen Entwicklung getroffen wird. Rund 7,8 Mrd. Euro haben wir als Mehrausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingssituation veranschlagt. Ein Teil der Kosten wird aus einer Rücklage finanziert, die mit Überschüssen in Höhe von 6,1 Mrd. Euro aus dem Haushaltsjahr 2015 gefüllt werden kann. Wenn sich bis zum Abschluss des Haushalts 2015 weitere Überschüsse ergeben, fließen diese ebenfalls in die Rücklage. Sollte der Bundesbankgewinn höher als die veranschlagten 2,5 Mrd. Euro ausfallen, würde der überschießende Betrag ebenfalls in die Rücklage fließen. Das Plenum des Deutschen Bundestags hat das Haushaltsgesetz 2016 am Freitag in dritter Lesung verabschiedet.

Daten und Fakten

Erwerbstätigkeit auf Höchststand. Im 3. Quartal 2015 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 43,2 Mio. Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Damit wurde ein neuer Höchststand bei der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung Deutschlands erreicht. Im Vergleich zum 3. Quartal 2014 wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 343.000 Personen, was einem Plus von 0,8% entspricht. Gegenüber dem zweiten Quartal 2015 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 303.000 Personen oder 0,7%. Der Anstieg der Gesamterwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal entfiel weiterhin überwiegend auf die Dienstleistungsbereiche: Die größten absoluten Beschäftigungsgewinne gab es im Bereich Unternehmensdienstleister mit einem Plus von 138.000 Personen (plus 2,4%), gefolgt von Öffentlichen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit mit 134.000 Personen (plus 1,3%) sowie Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit 83.000 Personen (plus 0,8%). Im Baugewerbe (minus 0,3%) sowie in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (minus 2,6%) sank die Zahl der Erwerbstätigen dagegen. (*Quelle: Statistisches Bundesamt*)



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info